

Regionalwährungen und ihr Hintergrund

zweiter Teil

2. Offener Brief im Themenzusammenhang

Text: 46.2.1

Februar 2007

www.tristan-abromeit.de

Business ist wie Krieg führen

Offener Brief an die Dozentenschaft

Bereiche Wirtschaft, Recht und Design der:

Fachhochschule Regensburg

Hochschule Magdeburg-Stendal

Universität Greifswald

Fachhochschule Hannover

Fachhochschule Aachen

von

Tristan Abromeit

(Der Zusammenhang mit meinem Offenen Brief an Prof. Dr. Gerhard Rösl von der Hochschule Regensburg vom Januar und meinem Offenen Brief an die Studentenschaft der genannten Hochschulen. Die jeweiligen Anhänge bitte ich zu beachten.)

Sehr geehrte Damen und Herren
des jeweiligen Lehrkörpers der oben
benannten Hochschulen,

„Business ist wie Krieg führen“ ist eine Aussage auf der Titelseite des „P.T. Magazin für Wirtschaft, Politik und Kultur . Offizielles Magazin der Oskar-Patzelt-Stiftung“ ¹ Die Schlagzeile lautet nachfolgend: „Warum jährlich 600 000 Unternehmen mit zwei Millionen Beschäftigten aufgeben müssen“. In den Fallbeispielen über die berichtet wird, geht es aber „nur“ um den zermürbenden Kleinkrieg zwischen Unternehmen auf der einen Seite und staatlichen Bürokratien und Banken auf der anderen Seite. Neben diesem Kriegsschauplatz der Wirtschaft gibt es ja auch noch jenen, auf denen sich die Arbeitslosen befinden und dann jenen, auf denen sich viele Arbeitnehmer in so genannten „gesunden“ Betrieben befinden. Schlimmer noch sind aber die Kriege an der Hungerfront oder die heiß in Bürger- und Völklerkriegen mit vielen Krüppeln und Toten als Opfer ausgetragen werden.

In einem Buch aus der Zeit nach dem 1. Weltkrieg von Großadmiral Alfred von Tirpitz las ich vor einiger Zeit die Aussage, daß der moderne Krieg ein Wirtschaftskrieg sei. Diese Aussage stimmt auch, wenn man keinen Rückgriff auf eine bekannte Persönlichkeit macht, sondern seinen eigenen Verstand bemüht.

Wenn wir also mehr Frieden in die Welt bringen wollen, müssen wir bessere Formen des Wirtschaftens finden und einführen. Die Ökonomie, wie sie heute betrieben wird, wird aber wesentlich dadurch bestimmt, was in den Hochschulen über betriebliche und volkswirtschaftliche Wirtschaft gelehrt wird. Es ist dabei erst einmal von untergeordneter Bedeutung, ob die Lehre, wie sie betrieben wird, weisungsgebunden erfolgt oder aus Gruppendynamischen Zwängen eingeengt ist. Es hat auch keinen Zweck, die ökonomische Lehre an den Hoch- und Fachschulen zu verteufeln und die Dozenten mit Vorwürfen zu überhäufen, nicht weil es an einer Berechtigung dafür fehlen würde, sondern weil es sie allgemein und Sie – die direkt Angesprochenen - im besonderen in eine Abwehrhaltung treiben würde, die eine Veränderung noch schwerer machen würde, als sie ohnehin schon ist. Es gilt vielmehr die Lust auf das bessere Lehrangebot und die Sicht auf Chancen für eine bessere Ökonomie zu wecken.

Von Marie von Ebner-Eschenbach (1830 – 1916) ist mir in Erinnerung: Die größten Feinde der Freiheit sind glückliche Sklaven. ² Auf den Gegenstand meiner Bemühungen umgemünzt

¹ Ausgabe April – Mai 2006 / Internetadresse: www.oppt.de

² Ihr ganzes Leben lang kämpfte sie gegen die „normalen“ Gedanken ihrer Zeit und setzte sich für eine aktive

könnte man sagen: Die größten Feinde der Marktwirtschaft sind die Neoliberalen zweiter Prägung³ und ihre theoretischen Handlanger in den Hochschulen, denn sie geben sich mit einem Zerrbild von einer Marktwirtschaft zufrieden. Wenn wir aber bedenken, daß jede Grenze, jede Einschränkung des Welthandels einst als eine Art Kriegserklärung und Fortschrittsblockade galt, dann hat es ein wenig Zweck auf die Globalisierung zu schimpfen und diesen Schimpf womöglich noch mit den Worthülsen *Sozialdarwinismus* und *Faschismus* zu untermauern. Nur bessere Analysen helfen hier weiter. Zu besseren Analysen kommt man aber nicht, wenn man zu dem im eigenen Studium erworbenen Wissen und den Lehrinhalten der vergangenen Jahre keine Distanz entwickeln kann.

Wenn die Wirtschaftswissenschaft⁴ das Geld, was sie kostet, wirklich wert sein will, dann muß sie neu formatiert werden und die Bereiche Geldverfassung, Bodenrecht, Patentrecht, die ökonomischen Verfassungen von Bildung und sozialer Sicherung radikal neu denken. Auch kann es nicht die Aufgabe von Hochschulen sein, glückliche „Arbeitssklaven“ als Erfüllungshelfen für ein sich weiter konzentrierendes Kapital oder für verharrende Bürokratien zu produzieren.

Wie ist es nun zu der Informationsaktion⁵ „Regionalwährungen und ihr Hintergrund“, mit drei offenen Briefen nebst Anhängen gekommen? Wenn Sie meine Internetseite anklicken, können Sie feststellen, daß die hier angeschnittenen Fragen mich schon lange nebenberuflich umtreiben. Über einen Link im Internet war mir die Arbeit „Regionalwährungen in Deutschland – Lokale Konkurrenz für den Euro?“ von Prof. Dr. Gerhard Rösl von der Fachhochschule Regensburg in mein Gesichtsfeld gerückt. Einerseits war ich froh, einen Hochschullehrer entdeckt zu haben, der sich auf das Thema Regionalwährungen eingelassen hat, andererseits war ich enttäuscht, weil ich das Gefühl hatte, da hat das Thema den Professor überwältigt aber der Professor hat nicht sein Thema bewältigt. Es stellte sich das Bedürfnis bei mir ein, dem Verfasser dieses auch mitzuteilen, aber eine Form zu finden, die ihn bei der thematischen Stange hält und keine feindlichen Abneigungen aufkommen läßt. Das Ergebnis finden Sie in meinem Offenen Brief vom Januar mit dem Titel „Regionalwährungen und ihr Hintergrund,

Frau ein. Sie schrieb nicht etwa, um den Familienunterhalt zu finanzieren, sondern vielmehr mit der Inspiration und Überzeugung, ihre Schriften könnten die Gedanken ihrer Zeit verändern. Wikipedia

3 NL zweiter Prägung, weil die Neoliberalen – auch Ordoliberalen genannt – erster Prägung eine fast entgegengesetzte Haltung an den Tag legten.

4 Ich reduziere hier bewußt die Wirtschaftswissenschaft nicht auf die Volkswirtschaftslehre, obwohl die Betriebswirtschaftslehre für das Unternehmen nützlicher ist als die VWL für das Volk, sondern würde im Gegenteil die gesamten Sozialwissenschaften in die Pflicht nehmen wollen.

5 Die sich nicht besserwisserisch versteht, sondern anderes Wissen anmahnen und auch einbringen will.

Die Antwort an den Professor“: „Daß ich selbst die Regionalwährungen nur scheinbar am Rande behandle, liegt daran, daß es das Thema Regionalwährungen gar nicht gäbe, wenn die praktische und theoretische Ökonomie stimmig wäre.

Wer eine Ahnung davon hat, wie schwer es ist, vernachlässigte Themen in eine öffentliche Diskussion einzubringen und wie unökonomisch es ist, eine längere Ausarbeitung nur für die Ablage oder den Papierkorb einer Person zu fertigen, der wird sich nicht wundern, daß ich für meine Einlassungen die Form des Offenen Briefes gewählt habe. Die Dozenten und Studenten des Fachbereiches Wirtschaft der Fachhochschule Regensburg erschienen mir als die richtigen Adressaten. Dann kam die Frage in mir auf, wie ich verhindern könnte, daß die Institution *Fachhochschule Regensburg* igelt? Schweigen, nicht Antworten, ist immer noch eine bewährte Methode, sich irgendwelchen Auseinandersetzungen vom Hals zu halten. Man müßte eine Wettbewerbssituation herstellen können, die ein Igel unterbindet, dachte ich. Mir fiel dabei die Universität Greifswald ein, die mir aus anderen Zusammenhängen im Kopf war (Siehe dazu auch Anhang V.). In Greifswald ist die VWL – wenn ich es richtig verstanden habe – auch nur eine Beigabe der BWL, die Ökonomen haben – aus meiner Sicht – aber den Vorteil, daß sie den Juristen eine Fakultät bilden. Dann kam mir mein Schreiben an die Hochschule und die Universität in Magdeburg vom August 2006 wieder in die Hände. (Siehe den Text Nr. 45.0 unter www.tristan-abromeit.de.) Ich habe damals dafür geworben, die Ausstellung im Jahrtausendturm mit Informationen zur Ökonomie zu ergänzen. Eine Reaktion ist damals zwar ausgeblieben, aber ein weiterer Anstoß, bewegt vielleicht etwas. Als vierte Hochschule habe ich die Fachhochschule in Hannover ausgeguckt. Der Anlaß war ein Professor, der als Elternvertreter im Schul-, Kultur- und Sportausschuss der Stadt in der örtlichen Zeitung einen Leserbrief veröffentlicht hatte. Ich wollte nun wissen, welche Profession er denn betreibt und bin so auf die Fachhochschule Hannover gekommen, die deshalb auch mein Interesse fand, weil sie eine Fachrichtung Bank-BWL hat. Hier hoffe ich für meinen Text 41 Adressaten zu finden. Der Titel lautet „Drei Fragen: Sind Bankkaufleute Mörder? Sind Banken Geldfälscher? Haben die Bankkauffrauen und -männer eine falsche Ethik?“ Die Fragen sollen nicht kränken, sondern zur Selbstklärung anleiten. Vielleicht nehme ich auch noch die Fachhochschule Aachen dazu, die ist mir durch einen interessanten Beitrag im Internet aufgefallen. Insgesamt muß ich mich aber nach meinen bescheidenen Möglichkeiten richten. Ohne Internet hätte ich sowieso die Finger von dem Projekt gelassen.

Die gelehrte Ökonomie an den Fachhochschulen ist im Vergleich zu den Universitäten (mit Ausnahme Greifswald) schwerpunktmäßig auf BWL und nicht auf VWL ausgerichtet. Abgesehen davon, daß die beste BWL ein Unternehmen nicht zur Entfaltung kommen läßt, wenn die volks- und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht stimmen, sind Betriebswirte vielleicht nicht so betriebsblind gegenüber Fehlern in der volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise. Außerdem: Die VWL-Professoren der Universitäten fühlen sich – so mein Eindruck – als die unbeschränkten Herrscher auf ihrer Wissenschaftsburg. Die Professoren, die mit ihren Fachhochschulen nur am Hang des Burgberges siedeln, müssen noch immer beweisen, daß ihnen auch die höheren Weihen der Wissenschaftlichkeit erteilt wurden. Also sie müssen mehr Ehrgeiz entwickeln als ihre Kollegen auf den althergebrachten Thronen (Lehrstühlen). Wir brauchen diesen Ehrgeiz als Antriebskraft zu besseren ökonomischen Einsichten und damit zu einer besseren Ökonomie.

Ich habe einleitend von der Wirtschaft als Krieg gesprochen. Ich selber komme mir im Moment vor wie ein Mensch, der zum ökonomischen Militär einberufen und an die Front geschickt wurde. Der steht nun da, kennt kaum die Begrifflichkeit des Führungspersonals, weiß zwar, wo er herkommt und wo er hin möchte, aber nicht wo die Truppe steht und was ihre Marschrichtung ist. Er fühlt sich überfordert und hofft, daß er zufällig am richtigen Ort zur richtigen Zeit das Richtige tut. Er verflucht die Umstände, die ihn zwingen in einem Zusammenhang zu agieren, in dem er sich gar nicht wohl fühlt.

Nun gibt es ja den Spruch. Es gibt nichts Gutes, es sei denn man tut es. Aber nicht einmal über die Gewißheit vom Guten meines Tuns verfüge ich. Nur, daß es notwendig ist, für eine bessere Ökonomie zu werben, diese Gewißheit habe ich. Ich hoffe, es ist meine letzter Einsatz.

Auch wenn nicht in jedem Einzelfall Bezug auf die Anlagen nehme, sie stehen im gedanklichen Zusammenhang mit dem Anliegen dieser Offene-Briefe-Aktion. Es kann auch nicht von einer systematischen Auswahl der Anlagen gesprochen werden. Es sind Texte, die mir bei meiner gedanklichen Auseinandersetzung mit diesem Projekt in meinem Arbeitszimmer in die Hände gekommen sind.

Das Manifest der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft wurde 1973 von Karl Walker formuliert. Ohne selber eine Chance für ein Hochschulstudium gehabt zu haben, hat Karl Walker

ein umfangreiches wirtschaftswissenschaftliches Werk hinterlassen. Aber vielleicht ist gerade dieser Umstand die Ursache für seine geistige Fruchtbarkeit und Furchtlosigkeit gewesen. Walker hielt einen Menschen, der an der Hochschule Ökonomie studieren wollte, als einen für die Ökonomie verlorenen Menschen. Das ist ein Urteil, das generell wohl nicht richtig ist, aufgrund seiner Erfahrungen mit Hochschulökonomien aber berechtigt. In dem Manifest geht Walker auf die Bedeutung der Sozialwissenschaften ein, aber auch auf ihre Schwächen.

Zum Auszug aus „Der Mensch lebt nicht von Brot allein“ von Wladimir Dudinzew: Die Erfahrungen, die der junge Ingenieur mit seiner neuen Maschine im „Sozialismus“ macht, sind doch die Erfahrungen, die viele in anderer Form auch im kapitalistischen Unternehmen machen und im übertragenen Sinn auch in der Hochschule gemacht werden?

Dann das Thema Luther und der Zins - ein verdrängtes Thema: a) weil durch Luther durch seine Fehldeutung der Ursachen den Antisemitismus gefördert hat und b) weil die Kirchen glauben, durch Zinserträge aus Stiftungen ihre finanziellen Engpässe überwinden zu können. Da paßt es natürlich nicht, wenn man an das traditionelle Zinsnahmeverbot der Kirche und an Luthers Haltung zum Zins erinnert.

Danach für die Marktwirtschaft das ebenfalls bedeutsame Thema Eigentum: Die Frage, die heute fast nicht gestellt wird: Welche Güter haben die individuelle Eigentumsfähigkeit? Hierzu der Hinweis auf John Locke und besonders auf Proudhon.

Die Tagungshinweise dienen auch dazu, ängstlichen Seelen unter den Dozenten die Angst zu nehmen, sie würden in eine Außenseiterrolle fallen, wenn sie sich mit dem Themenkreis befassen, den ich hier andeute und an anderen Stellen deutlich benenne. Wer sich hier die Aura des Pioniers noch anlegen möchte, der muß sich sputen.

In der Zeitung DIE WELT vom 14. 10. 06 war eine Buchbesprechung zu „Hitlers Geldfälscher. Wie die Nazis planten, das internationale Währungssystem auszuhebeln“ von Lawrence >Malkin. Im Text selbst heißt es:

In der Zeit des Weltkrieges haben nicht nur die Alliierten, sondern auch die Deutschen Strategien durchdacht, wie man den Gegner in die Knie zwingen könnte. Einer diese Pläne bestand darin, gefälschte Banknoten mit Flugzeugen über dem

Territorium des Gegners abzuwerfen, um dann in aller Ruhe abzuwarten, bis dessen Wirtschaft kollabierte. Besonders originell war diese Idee nicht, aber einflussreiche Politiker wie Joseph P. Kennedy, Vater des späteren Präsidenten, und Winston Churchill waren davon fasziniert.

In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) vom 12. 2. 2007 wird von der Berlinade über einen Film berichtet, der die deutsche Seite dieser Strategien zum Thema hat. Die Schlagzeile:

Er war Jude, Gefangener der Nazis – und begnadeter Geldfälscher im KZ. Bei der Berlinade erzählt ein Spielfilm die unglaubliche, wahre Geschichte des Adolf Burger.

Bemerkenswert an diesen Berichten ist, daß zur Entwicklung solcher Strategien Ende der 30er Jahre die Erkenntnis vorhanden gewesen sein muß, daß zwischen der umlaufenden Geldmenge und der Preisniveaustabilität ein Zusammenhang besteht. Wie kam es dann aber dazu, daß dieses Wissen in der herrschenden Wirtschaftstheorie und -politik während der Inflations- und Deflationszeiten der Weimarer Republik und danach in Zeiten der BRD – in der die Ursache der Inflation mit den Formeln von der Lohn-Preis-Spirale oder der Preis-Lohnspirale den Sozialpartnern zugeschoben wurde – nicht vorhanden war?

Zwei Meldungen aus der HAZ vom 3. Dezember 2001 kamen mir wieder in die Hände:

Siebert wird Chef der „Weisen“

Sachverständige: Der Kieler Wirtschaftswissenschaftler Horst Siebert soll Vorsitzender der Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden. Das berichtet die „Berliner Zeitung“ unter Berufung auf Regierungskreise. Bis Jahresende solle ein Nachfolger für den noch amtierenden Vorsitzenden der so genannten Wirtschaftsweisen, Jürgen Donges, gefunden werden, der im Februar aus dem Expertengremium ausscheidet. Der Rat wurde 1963 per Gesetz eingerichtet und versteht sich als Institution zur wissenschaftlichen Politikberatung. Die Mitglieder des Sachverständigenrats werden auf Vorschlag der Bundesregierung für fünf Jahre berufen. ddp/dpa

Wie kann ein Gremium auf wissenschaftlicher Grundlage die Politik beraten, wenn in der Wissenschaft, die dem Gremium als Grundlage dient, nichts klar und eindeutig ist. Ein wesentlicher Bestandteil ökonomischen Denkens ist ja jener, der sich um das Verhältnis von Kosten zu den Nutzen dreht. Welche Kosten hatte das Volk seit 1963 für dieses Gremium zu tragen und welchen Nutzen hat es dafür gehabt?

Die andere Meldung hat folgenden Wortlaut:

„Notenbanken unnütz“

NOBELPREISTRÄGER: Der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman fordert eine Abschaffung der Notenbanken.

„Am liebsten wäre es mir, sie würden durch einen Computer ersetzt, der das Geldangebot steuert“, sagte der Ökonom der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Die Europäische Zentralbank habe ihre Bewährungsprobe erst noch zu bestehen.

„Wenn die Deutschen ihre Mark aufgeben, werden Gefühle eine Rolle spielen. Es kann große Probleme geben, wenn die Menschen den Euro nicht als ihre Währung annehmen“, sagte er. Dpa

In der Börsen-Zeitung vom 12. April 2006 ist unter der Überschrift „Notenbanken suchen Stein der Weisen“ u.a. zu lesen:

Sukzessive verschwand die Steuerung der Geldmengenaggregaten als Zwischenziel der Geldpolitik aus den Strategien der Notenbanken. Immer mehr Zentralbanken gingen in den neunziger Jahren dazu über, ein direktes Inflationsziel anzusteuern.

Friedman kommt mit der Forderung der Abschaffung der Notenbanken Silvio Gesell inhaltlich sehr nahe, denn dieser wollte die Notenbanken durch Währungsämter, die keinerlei Bankgeschäfte tätigen sollten, ersetzen. Warum ist Friedman mit seinem Konzept eigentlich gescheitert und warum sind die Notenbanken wieder zu einer geplanten, dosierten Inflation übergegangen? Erstens ist das Verhältnis zwischen Geld- und Gütermenge kein statisches, sondern ein dynamisches, das nicht mit einer konstanten Geldmengenvermehrung gesteuert werden kann und zweitens läßt sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (der Ausnutzungsgrad des Geldes) bei einer Inflationsrate von Null und einem Zins der sich im Niedrigsektor bewegt, nicht mehr konstant halten. Deflationstendenzen mit einer Unterbeschäftigung lassen sich bei einem stabilen Preisniveau und niedrigen Zinsen ohne alternative Umlaufsicherung nicht vermeiden. Weil Gesell das im Gegensatz zu anderen Ökonomen klar gesehen hat, hat er inhaltlich seine Zeit auch noch vor sich. ^{6 7}

6 Aber wirklich richtige Erkenntnisse können nicht nur einmal entdeckt werden. Ich zitiere: Die Verwirklichung von BOISGUILLEBERTs Idee von einem Geld als „perpetuum mobile“ ist durch die von GESELL vorgeschlagene „Geldsteuer“ - oder „Beförderungskosten“ („carrying cost“), wie KEYNES sagt – in greifbare Nähe gerückt, womit die „Liquiditätsfalle“ des (heutigen) hortbaren Geldes ausgeschaltet würde.

So Santiago Fernandes in „L'argent criminel“ - „Kriminelles Geld“ in „Zeitschrift für Sozialökonomie“ 49. Folge, Juni 1981

7 Siehe dazu auch die Texte 37.0 – 37.4 auf meiner Internetseite: „Bewertung der Öffentlichen Petition Nr. 8 vom Oktober 2006 an den Bundestag von Adolf Holland-Cunz zum Thema „Konstruktive Umlaufsicherung des Geldes“

Mit einer alten Einladung zu einer Ringvorlesung der Freien Universität Berlin im WS 2001/2002 bin ich bei Otto Steiger und Gunnar Heinsohn gelandet. Diese glänzen inzwischen auch ohne Nennung der akademischen Titel. Beide haben die VWL mit einer weiteren Version der Entstehung von Geld und Zins bereichert. Das hat die Theoriediskussion belebt, einen Nutzen für die Wirtschaftspolitik sehe ich aber noch nicht. Das kann natürlich auch an meiner mangelnden Erkenntnisfähigkeit liegen. Aber schauen wir uns einen Satz aus der Einladung zu dem Vortrag von Prof. Steiger mit dem Titel „Die Konstruktionsfehler des Euro-Systems“ an: Der bedenklichste Konstruktionsfehler des Euro-Systems besteht aber darin, dass die EZB nicht einmal die **Qualität der Sicherheiten** definieren und kontrollieren darf, gegen die NZBs Euro-Noten (zu) emittieren: Nicht-marktfähige Schuldtitel der öffentlichen Hand, absturzgefährdete Aktien und **Kredite an bankrotte Unternehmen** dürfen von den NZBs nach Belieben als „Sicherheiten“ für die von ihnen ausgegebenen Euro-Darlehen akzeptiert werden.

Für die Kreditsicherung spielt die Qualität der Pfänder schon eine Rolle, aber für die Preisniveaustabilität des Euro haben sie - quantitativtheoretisch gedacht - keine Bedeutung. Ich denke, daß Otto Steiger hier das – gedankliche – Opfer seiner eigenen Theorie – bzw. der von Heinsohn / Steiger – geworden ist. (Ihre Behauptung ist wohl: Wenn Geld irgendwann und -wo durch Schuldtitel entstanden ist, muß das immer und überall so sein.) Ich schätze die Theoriarbeit von Heinsohn und Steiger durchaus, zwingen sie doch die anderen Schulen – auch die der Freiwirtschaft – nochmals zu prüfen, was sie da lehren, aber einen praktischen Nutzen für die Wirtschaftspolitik sehe ich nicht.

Von Steiger bekam ich im Dezember 82 eine Einladung, einen Gastvortrag zu halten über das Thema „Zwischen Marx und Keynes: Silvio Gesell – ein Weg aus der Krise?“ Mittel von 250 DM wollte er dafür beantragen. Ich habe dann im Januar 1983 geantwortet:

... herzlichen Dank für Ihr Angebot vom 22. 12. 82. ich bin gerne bereit, zum vorgeschlagenen Thema innerhalb Ihrer Veranstaltungen einen Vortrag zu halten. Ich habe allerdings keine Erfahrung in der Rolle des Referenten und daher ein wenig Angst vor dieser Aufgabe. Sicherer fühle ich mich an der Schreibmaschine und als Diskussionsredner. 1966 habe ich mein Examen an der HWP in Hamburg gemacht. Und seitdem erlebe ich so etwas wie ein Quasi-Berufsverbot. Eine solche Situation hinterläßt Spuren.

DM 250,- ist für uns eine Menge Geld. Meine Frau (arbeitslose Lehrerin) muß dafür einen Monat Zeitungen austragen. Und für mich ist der Betrag fast ein Viertel meines mtl. Arbeitslosengeldes. ...

Zu dem Vortrag ist es nie gekommen. Ich kann die Gründe dafür nicht benennen. Vielleicht war ich zu zögerlich. Vertreter von Außenseiterpositionen müssen besser sein als Mitläufer von Mehrheitsmeinungen. Meine Angst bestand wohl darin, daß ich befürchtete, meine Außenseiterposition nicht gut genug vortragen zu können. Ich muß den Empfängern meiner Botschaft ja wohl nicht sagen, daß eine jeweilige Minderheits- und Mehrheitsmeinung noch nichts sagt über den Wahrheitsgehalt einer Aussage. Mit dem Briefausschnitt kann ich aber auch verdeutlichen, daß ich nicht aus einer Situation der wirtschaftlichen Sättigung für marktwirtschaftliche Lösungen eingetreten bin und auch heute nicht eintrete. Der Teil der Bevölkerung – der für unsere Gesellschaft das notwendige Veränderungspotential darstellt – ist mit ihren Neigungen zu zentralverwaltungswirtschaftlichen Lösungen falsch programmiert. Meines Erachtens hängt das neben der tradierten marxistischen Prägung aus der Jugendzeit des Widerstandes gegen den Kapitalismus auch damit zusammen, wie und welche Ökonomie durch die Hochschulen der Bevölkerung vermittelt wird.

Gunnar Heinsohn – ein begabter Mensch, dem die Examina mit der Bewertung summa cum laude nur so zugeflogen sein müssen – ist mir zum ersten Mal mit seinen Text „Zinsen, Hexen, Habermas“⁸ ins Bewußtsein gerückt. Sätze wie der folgende sind dort zu lesen:

Wenn also über die Gesellschaft dicke Bücher geschrieben, vom Zins aber geschwiegen wird, so läßt sich das nicht aus mangelnder Intelligenz der Beteiligten erklären. Im Gegenteil, es bedarf überdurchschnittlicher geistiger Kompetenz, um die Art von Soziologie zu betreiben, für die Jürgen Habermas zweifellos das brillianteste Beispiel gibt. Wir dürfen also vermuten, daß etwas anderes am Werke ist als mangelnde Geschicklichkeit. Wenn das am deutlichsten sichtbare Phänomen dieser Gesellschaft nicht gesehen, sondern -man muß es so nennen -verdrängt wird.

Ich habe Heinsohn dann am 1. August 1984 unter anderem geschrieben:

Es ist doch in der Tat so: Viele leiden unter dem Zinssystem. Aber die Minderheit von Nutznießern scheint es fertig zu bringen, die Mehrheit zum Schweigen zu bringen und die Ökonomen in die Irre zu führen. Und auf politischer Ebene bringen es viele linke Leute fertig, jene in die rechtsradikale Ecke zu stellen, die sich mit dem Thema Zins befassen, nur weil Marx kein richtiges Verhältnis zum Problem hatte und die Nazis es aus wahltaktischen Gründen aufgegriffen haben. Beim Lesen der Auszüge aus Ihrem Essay hatte

8 „Aus NP – Neue Praxis – Zeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik“ Nr. 2 /84

ich aber auch das Gefühl, daß ein fruchtbarer Gedankenaustausch zwischen Ihnen und Prof. Dieter Suhr (Verfassungsrechtler) möglich sein müßte (siehe Dieter Suhr „Geld ohne Mehrwert - Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten“ , Fritz Knapp Verlag, 1983) ...

Ich habe nun für dieses Schreiben nochmals den Text „Was sind Zinsen und Geld?“ von Heinsohn durchgelesen. Ich erkenne auch in diesem Text von Heinsohn die Peitsche, die andere Theoretiker zwingt, ihre Positionen zu überdenken, aber keine unmittelbare Nutzenanwendung für die Auflösung unserer ökonomischen Probleme. Ich sehe trotz Heinsohns Kritik an der Haltung der Ökonomen in Bezug auf das Zinsthema auch keine konkreten Hilfen bei Bekämpfung der zerstörerischen Kräfte des Zinssystems. Es folgen zwei Ausschnitte⁹ :

... Das Recht, Eigentum für die Emission von Geld oder - qua Verpfändung - für das Erlangen von Kredit zu belasten, kommt der Neoklassik nicht in den Sinn. Und doch ist es das alles entscheidende Recht am Eigentumstitel. Die Banklehrlinge wissen Bescheid, wer aber informiert die Professoren für Nationalökonomie?

Klassik und Neoklassik beschäftigen sich nur mit der Besitzwelt der Güter - mit Produzieren und Verteilen vor allem - und stoßen deshalb zum eigentlichen Wirtschaften niemals vor. Auch von daher erklärt sich die Sorglosigkeit über das Nichtverstehen von Geld und Zins, also über die Größen, mit denen gewirtschaftet wird. Diese werden als bloßer Schleier über dem wirklich Wichtigen abgetan. Man muß aber auch gerecht sein und erwähnen, daß einige der scharfsinnigsten Mitglieder der Zunft – etwa Frank Hahn - unumwunden einräumen, daß ihnen das Geld dunkel geblieben ist: „Die schwerste Herausforderung für den Theoretiker besteht darin, daß die Existenz von Geld in dem am besten entwickelten Modell der Wirtschaft nicht unterzubringen ist.“ ...

IV. Die erneute und wiederum vergebliche Frage nach dem Verlust des Gläubigers, für den der Geldborger Zins zahlen muß

Festhalten wollen wir den Zusammenhang zwischen Eigentum hier sowie Zins und Geld dort. An der irrigen Zinserklärung, die ich soeben mit der verliehenen Kuh und dem dabei anfallenden Milchverlust deutlich zu machen versuchte, ist immerhin eines zu würdigen: Jede Zinstheorie unterliegt ganz zweifelsfrei der Pflicht, den Verlust benennen zu können, den der Zins ausgleicht. Es ehrt die Neoklassik, daß auch sie sich dieser Pflicht unterwirft. Wenn ein Schuldner zu Zins verdonnert wird, muß beim Gläubiger irgendein Verlust entstanden sein. Eben

⁹ Gunnar Heinsohn, „Was sind Zins und Geld? ODER: Wie kommt es zum Wirtschaften?“ Im Juli 2000 korrigierter Mitschnitt des frei gehaltenen Vertrags auf dem „Internationalen Symposium der AktionMitArbeit“ über Zeit oder Geld? Laboratorium 98 zur Zukunft der Arbeit, Kloster St. Gerold, Vorarlberg, 1. - 2. Mai 1998. > Den Text habe ich übernommen von www.systemfehler.de. TA <

deshalb lautet die bereits erwähnte Kernfrage, deren richtige Beantwortung dasselbe ist wie richtige Wirtschaftstheorie: Was ist der Verlust des Gläubigers, für den sein Schuldner Zins zu zahlen hat?

Anmerkungen zu den beiden Auszügen: Verpfändbare Eigentumsrechte eines Kreditnehmers als Sicherheit für die Erlangung von Krediten bei einer Geschäftsbank zu haben ist nur optisch der gleiche Tatbestand als die verpfändbaren Eigentumsrechte einer Bank, die diese als Pfand für einen Kredit zur Erlangung von Bargeld bei der Zentralbank benötigt. Die Geldemission kann auch auf einer kreditlosen Basis erfolgen. Im Übrigen erfahren Banklehrlinge wenig über das Geld als Währungssystem.

Auch Heinsohn kann nicht überzeugend nachweisen, daß der Eigentümer einen Verlust erleidet, der durch den Zins ausgeglichen werden muß. Der Gläubiger erhält vielmehr eine Belohnung für einen Gewinn, den er erzielt. Der Schuldner transportiert ihm nämlich Ansprüche auf Güter im Markt, die er im Moment nicht realisieren will oder kann, aus der Gegenwart in die Zukunft. Natürlich hat der Gläubiger ein Verlustrisiko, die hat der Schuldner aber auch. Die Zukunft ist auch oder gerade für den Schuldner ungewiß und er verliert seine Sicherheiten bei Zahlungsunfähigkeit. Bei der Berechnung der Sicherheiten werden Verwertungsverluste eingerechnet. Kommt es zu einer Zwangsversteigerung, bleibt der Schuldner häufig auf einer Restschuld sitzen und er verliert zudem ein Eigentum, das für ihn einen höheren wirtschaftlichen Wert hat, als der Kredit, für den er es als Sicherheit verpfändet hatte. Gesells Erklärung für den Zins, die sich mit jener von Keynes deckt – nur einen anderen sprachlichen Ausdruck hat-, halte ich für realistischer. Und daß der Zins als Preis für die Überlassung von Liquidität dann ehrlicher ist, wenn das Geld und das Gut ökonomisch im gleichen Rang stehen, ist auch einleuchtend, weil jede monopolistische Überlegenheit sich einen Vorteil zu verschaffen weiß.

Mit diesem Themenkomplex beschäftigt sich auch Bernhard Striegel in seinem Buch „Über das Geld – Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens, 2004, 597 Seiten. Er hat auch den Ansatz Heinsohn / Steiger verarbeitet.

Ich dachte gerade, daß ich am Ende dieses Schreibens angekommen bin, als mein Blick auf einen Zeitungsausriß und einen Zeitschriftenbeitrag fiel. Ich habe weiter oben gesagt: *Die größten Feinde der Marktwirtschaft sind die Neoliberalen zweiter Prägung.* Und ich sage

jetzt: Die zweitgrößten Feinde der Marktwirtschaft sind jene Wirtschaftswissenschaftler, die die verschiedenen Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus als Synonyme verwenden. Hierdurch werden die Mängel, die uns der Kapitalismus beschert, der Marktwirtschaft angelastet. Aber auch die Nichtbehebung von Mängeln im marktwirtschaftlichen System sind letztlich ein Angriff auf die Marktwirtschaft.

Sehen wir uns Ausschnitte von Erhard Eppler an, der im TAGESSPIEGEL vom 29. 6. 2006 mit dem Titel „Marktradikale ähneln Marxisten – und werden ähnlich scheitern“:

Ökonomen sagen uns, sie könnten mit einem Begriff wie soziale Gerechtigkeit nichts anfangen, er lasse sich nicht definieren, überdies halte jeder wieder etwas anderes für gerecht. Das ist ebenso unwiderlegbar wie unerheblich. Politisch zählt, dass Menschen von Kindesbeinen an ein Sensorium für Ungerechtigkeit haben. Sie verletzt. Politisch relevant ist nicht, was absolut gerecht wäre, wohl aber die Grenze zwischen hinnehmbarer und nicht mehr hinnehmbarer Ungerechtigkeit. ...

...Dass die zügellose Freiheit des Kapitals zur Freiheit aller Menschen führe, glaubt weltweit nur noch eine schrumpfende Minderheit. Das „Non“ der Franzosen zur europäischen Verfassung hat mit diesen Zweifeln ebenso zu tun wie das unerwartete Nein der Deutschen zur schwarz-gelben Koalition.
Die marktradikale Welle hat sich überschlagen. ...

... Was darf zur Ware werden, also dem Markt überlassen werden? Was müssen Staat und Zivilgesellschaft übernehmen, damit es nicht zur Ware wird? Ist Bildung eine käufliche Ware oder ein Menschenrecht, dem der Staat zu dienen hat? Ist Sicherheit vor Verbrechen eine Ware, die sich einige leisten können, viele nicht? Oder eine Bringschuld des Staates?

Anmerkung zur sozialen Gerechtigkeit:

Das alte sozialistische Ziel ist, den vollen Arbeitsertrag zu erlangen. Da die Marktwirtschaft als ein Leistungsaustausch verstanden werden kann und nur der Mensch im ökonomischen Sinne Leistungen erbringt, ist das sozialistische Ziel auch ein marktwirtschaftliches. Der volle Arbeitsertrag hat dabei aber nicht für alle Marktteilnehmer das gleiche Volumen, weil die Gesellschaft, die Marktteilnehmer mit ihrer individuell erbrachten Leistung unterschiedlich bewertet. Um diese Art sozialer Gerechtigkeit zu erlangen ist es erforderlich, eine Chancengleichheit, eine Vollbeschäftigung herzustellen und jegliches Monopoleinkommen zu verhindern und da, wo dies nicht möglich ist – wie beim Boden - , ökonomisch zu neutralisieren. Von diesem Zustand sind wir nach wie vor weit entfernt. Sozialwissenschaftler nehmen nur vereinzelt zur Kenntnis, daß die mögliche marktwirtschaftlich verankerte soziale Gerechtig-

keit vom Überlagerungsprinzip Kapitalismus bisher dauerhaft ausgehebelt wurde. Schon Anfang der 60er Jahre stellte der Guppendedynamiker Hofstätter¹⁰ fest, daß neben der Leistung noch andere Faktoren bei der Einkommens und Vermögensverteilung wirksam sein müßten. Denn wenn es nur nach der Leistung ginge, müßte die Kurve der Einkommens- und Vermögensverteilung ähnlich verlaufen wie die Verteilungskurven für Intelligenz, Geschicklichkeit oder Körperkräfte. Wenn wir uns aber die Verteilungskurven von Einkommen und Vermögen ansehen, dann stellen wir fest, daß die Idee von der sozialen Gerechtigkeit verhöhnt und die Idee von der Demokratie – die ja von einer gleichen Einwirkung der Bürger auf die öffentliche Sache in einer Streuungsbreite ihrer Fähigkeiten ausgeht – ausgehebelt wird. Die Ökonomen haben ihren Auftrag, diese Probleme zu lösen, verschlafen oder nicht gepackt.

Anmerkungen zur zügellosen Freiheit:

„Die zügellose Freiheit des Kapitals“ läßt sich weder mit Sozialpolitik noch mit Zollgrenzen bändigen. Es gilt vielmehr den Produktionsmitteln und den Handelsgütern den Kapitalcharakter zu nehmen. Da das so genannte Sachkapital nur eine vom Geld abgeleitete Kapitaleigenschaft (oder Zinsfähigkeit) hat, braucht man sich in der Hauptsache auch nur um die Reform der Währungsverfassungen zu kümmern. So lange von ihnen keine Gefahr ausgeht, sollen Menschen und Waren sich in der Tat auf der ganzen Welt ohne Schlagbäume bewegen bzw. bewegt werden können. In diesem Sinne kann nicht die Bundeswehr mit Auslandseinsätzen Beiträge leisten zu einer gerechteren und freieren Welt, sondern nur Ökonomen, die eine bessere Ökonomie entwickeln, erst bei uns, dann bei den anderen Völkern - nicht imperialistisch, sondern durch das Beispiel.

Anmerkung zur Ware:

„Was darf zur Ware werden, also dem Markt überlassen werden?“ fragt Erhard Eppeler. Meine Antwort: Alle Produkte die der Mensch herstellt oder veredelt und alle Dienstleistungen. Bei den Dienstleistungen von der Hilfe der Hebamme bei der Geburt bis zum Pfarrer bei der Beerdigung. Alle knappen Güter und alle Dienstleistungen müssen bezahlt werden, entweder versteckt - über den *Umweg Staat* mittels Steu-

¹⁰ Peter Robert, österreichischer Psychologe, *Wien 20.10. 1913, Buxtehude 13.6. 1994; seit 1960 Professor in Hamburg; forschte empirisch-experimentell v.a. im sozialpsychologischen Bereich.
(c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2006

ern - oder direkt - durch den Ausgleich mittels Geld oder Gut zwischen den Vertragspartnern. Zu glauben, der Weg über den Staat sei generell billiger, ist irrig. Einmal lassen sich unter den gegebenen Umständen die Kapitalkosten auch hier nicht vermeiden und zum anderen müssen hier die Kosten des bürokratischen Apparates und die der Umverteilung noch hinzugerechnet werden. Ich denke, daß die negative Deutung des Begriff *Ware* auf die unklare und verworrene Lehre von der Wirtschaft zurück geht. Vor allem fehlen in der öffentlichen Diskussion die Hinweise, daß es – außer dem Diebstahl und der Schenkung - nur zwei Möglichkeiten gibt, an knappe Güter zu kommen: a) durch den Wettbewerb mit einem Preissystem oder b) durch eine Zuteilung mit Berechtigungssystem ohne Wahlfreiheit. Ich vermute aber, daß die Ware – wenn man sie nicht gerade selber begehrt – nicht nur deshalb negativ gesehen wird, weil durch eine mangelhafte Aufklärung nicht gesehen wird, daß der Warencharakter von Gütern und Dienstleistungen einen höheren Freiheitsgrad der handelnden Personen ermöglicht, als wenn man ihnen diesen nimmt. Einmal wird auch viel Ramsch produziert und verkauft, der vorwiegend jenem Bevölkerungsteil mit geringerer Kaufkraft immer wieder für eine kurze Zeit das Gefühl gibt, auch am Wohlstand der Gesellschaft teil zu haben, aber jedes Mal nach kurzer Zeit das Frustrationskonto belastet. Zum anderen fragt ja der Kapitalismus nicht wie die Marktwirtschaft, was kann der andere gebrauchen, sondern, welches Produkt, welche Dienstleistung wirft eine möglichst hohe Rendite ab. Wenn dann auch noch ohne ordnungspolitische Begründungen, nur zur Entlastung der verschuldeten öffentlichen Kassen und weiter nur um dem anlagesuchenden Kapital eine Rendite zu ermöglichen, unsinnige Privatisierungen von Rathäusern, Straßenbeleuchtungen und Wasserver- und -entsorgungen etc. vorgenommen werden, dann sind die negativen Einstellungen zum Warencharakter aller Güter und Dienstleistungen verständlich. Wir haben jedes Jahr das Gezeter um die fehlenden Ausbildungsplätze. Im Moment geht es um die Krippenplätze, wobei katholische Bischöfe befürchten, daß der Staat zu viel Einfluß auf die Erziehung bekommt. Im Hochschulbereich wird mit dem *Numerus clausus* gearbeitet. Wenn der Warencharakter von der Betreuung und der Bildungsvermittlung offen zugegeben würde, die Eltern in die Lage versetzt würden, Nachfrage nach diesen Diensten zu halten und der ganze Sektor in ökonomisch und

inhaltlich autonome Einheiten umgeformt würde, dann gäbe es diesen Mangel nicht. Der jetzige unbefriedigende Zustand des Bildungssektors ist aber eben auch dadurch geprägt, was die Ökonomen über die Bildung lehren oder auch ausklammern.

Auch an dieser Stelle möchte ich die Thesen 11 bis 14 von Heinsohn und Steiger wiedergeben ¹¹ :

11.

Für Universitäten und Fachhochschulen geben die öffentlichen deutschen Haushalte 51 Milliarden DM aus (1996). Dieser Betrag kann von der Studentenseite - 1,8 Millionen Menschen (1997/98) - als Nachfrage nach optimalen Bildungs-Beziehungen nicht eingesetzt werden. Zugleich fallen etwa 60.000 staatliche Hochschullehrer (1997) als gewerbliche Anbieter optimaler Beziehungen für diese 51 Milliarden DM aus. (Assistenten und Verwaltungspersonal bleiben hier außer Betracht.)

12.

Würden die gut 28.000 DM pro Student vom staatlichen Zwangsanbieter weg per Steuerpolitik an die Studierenden fallen, dann hätten sie - unter Einbeziehung der übrigen Transfers (Kindergeld) und Freibeträge - pro Kopf an die 33.000 DM im Jahr für die Nachfrage nach optimalen Bildungsbeziehungen zur Verfügung. Der Staat könnte sich auf die Durchsetzung (von) Mindeststandards für die Erlangung von Zertifikaten beschränken.

13.

So lange die Rückführung der in die Staatsbudgets eingehenden Steuermittel nicht erfolgt, können nur die Studenten besser verdienender Eltern eine Optimierung ihrer Bildungsbeziehungen betreiben. Die breite Mehrheit hingegen wird staatlicherseits daran gehindert, eine wirksame Nachfrage nach Bildungsleistungen entfalten zu können. Zu dieser Behinderung trägt auch der Widerstand der Mehrheit der etwa 60.000 Hochschullehrer bei. Müßten sie als freie Anbieter von optimalen Bildungsbeziehungen auftreten, würde ein Großteil von ihnen vom Markt verschwinden. Auch die etwa zehnpromtente tüchtige Minderheit müßte sich auf ganz neue Anforderungen einstellen. Die Pfründenverteidigung dieser mächtigen Lobby dürfte mithin bis auf weiteres dazu beitragen, daß die meisten Studenten vom Eingehen freier Verträge mit hochwertigen Bildungsanbietern ausgeschlossen bleiben.

14.

Im Unterschied zur Primar- und Sekundarbildung ergibt sich bei den hohen Bildungsabschlüssen das Problem, daß nur eine kleine studentische Minderheit Eltern mit so hohem Einkommen und entsprechenden Abgaben hat, daß ihnen per Steuerpolitik 28.000,- DM erlassen werden können. Stipendien, mit denen den übrigen Studenten dieselbe wirksame Nachfrage verschafft wird, können dieses Problem neutralisieren. Da die Steuerbürger insgesamt diese Mittel vorschießen müssen, sollten **alle** Studierenden - also nicht nur auf die Stipendiaten - verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz ihres anschließenden Einkommens an die Gesellschaft zu re-

11 Gunnar Heinsohn und Otto Steiger: Wirtschaft, Bildung und Universität als Genossenschaft, 15 Thesen <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Materialien/HeiSte2.htm>

fundieren. Auf diese Weise erwiese sich die Gesellschaft zugleich als genuine **Genossenschaft**, in der also alle solidarisch eine umfassende Bildung gewährleisten. (Bei einem Akademikerdurchschnittseinkommen von 100.000,- DM würde bei einer Lebensarbeitszeit von 35 Jahren ein Satz von 3 % [= 105.000,- DM] ausreichen, um die Hochschulkosten eines vierjährigen Studiums von gut 112.000,- DM in etwa hereinzubekommen. Da die Studenten mit besser verdienenden Eltern ja keine Stipendien bekommen würden, könnte bei dieser 3 %-Belastung sogar ein Überschuß herauskommen.)

H. J. Krysmanski hält einleitend dagegen ¹²:

Bildung bezieht sich auf Forschung und Lehre, geht dem geistigen Produktionsprozess voraus und nach. Bildung bezieht sich auf gesellschaftliche 'Totalität', deren Denkbarkeit sie ermöglicht. Bildung befähigt zum Bestehen im 'Ganzen' im Sinne des Überlebens, des Widerstands und der Entfaltung. Insofern gehört es zum Bildungsauftrag, sich *nicht* vorstellen zu können, dass 'der Kapitalismus' oder gar eine 'neuzeitliche Eigentumsgesellschaft' (Heinsohn/Steiger) das 'Ganze' sei. Dennoch sind die totalitären Profitoperationen der 'Globalisierung' der Einstiegspunkt für jeden Bildungsprozess: der Beginn eines 'cognitive mapping' (Jameson), an dessen Ende ein neuer Begriff von gesellschaftlicher Totalität stehen könnte.

Es gibt Hoffnung. Der Kapitalismus war nie die ganze Ökonomie, war nie in der Lage, die ganze Produktivität der Menschen unter sein Kommando zu bringen. Aber bei Gott, er versucht es. Und im neuesten Schub der Produktionsmittelentwicklung - der kybernetisch-'algorithmischen' Revolution - sieht er seine Chance, die Sache zu Ende zu bringen.

Die meisten Gegenpositionen zu marktwirtschaftlichen Lösungsansätzen für die Befriedigung von individuellen Bedürfnissen in der Gesellschaft bauen von der Annahme aus, daß Marktwirtschaft und Kapitalismus Synonyme sind. Und daß dies möglich ist, hängt mit der begrifflichen Schlamperie in der Wirtschaftswissenschaft zusammen.

Dann fragt Erhard Eppler: „Ist Sicherheit vor Verbrechen eine Ware, die sich einige leisten können, viele nicht?“ Hier klingt erst einmal wieder an, daß die ungerechte Einkommensverteilung, wie wir sie haben, daß sie von Natur aus gegeben und unabänderlich ist, so daß nur wenige Bürger sich Sicherheit kaufen könnten, wenn sie privatisiert würde. Wenn dem so wäre, wäre das ein Grund mehr, die staatlich finanzierte Wirtschaftswissenschaft wegen Leistungsunfähigkeit aufzulösen.

¹² **Cyber-Genossenschaften oder: die Assoziation freier Produzenten** (Referat auf der Konferenz '[Privatisierung des Bildungsbereichs. Eigentum und Wertschöpfung in der Wissensgesellschaft](#)', 15.-17. Juni 2000, Universität Hamburg)

Erhard Eppler spricht in anderen Zusammenhängen auch von der Privatisierung der Gewalt. Nun, die Anwendung von Gewalt ist in keinem Fall ein positiver Posten in der gesellschaftlichen Bilanz der Aktivitäten. Festzuhalten ist, daß in der Geschichte die umfangreichste Gewalt immer von den Staaten ausgegangen ist, und daß die der Gewalt vorweggehenden Rechtfertigungen nach Vollzug fast immer fragwürdig sind. Nach Franz Oppenheimer ist der Staat überhaupt nur da, um die Vorrechte einer Klasse zu Lasten einer anderen Klasse aufrecht zu erhalten. Er betrachtet auch noch den Verfassungsstaat als Klassenstaat. Die Ökonomie, die diesen Zustand aufrecht erhalten soll, nennt er politische Ökonomie. Erst wenn wir zur reinen Ökonomie gelangen würden, könnte der Staat aufgelöst werden und eine Gesellschaft der Freien installiert werden. Bei solchen Gedanken wird deutlich, wie eng das Thema Ökonomie mit den Themen Staat, Gesellschaft und Individuum verzahnt ist. Eine Ökonomie, die sich auf die Kostenrechnung und Gewinnmaximierung beschränkt, ist nur ein Zerrbild einer Wissenschaft.

Ich bin durchaus dafür, daß der Schutz vor Gewalt die Aufgabe des Staates bleibt, nur kann der Staat diesen Schutz nur ungenügend durch Gerichte, Polizei und Militär gewähren. Der wesentliche Schutz muß dadurch geleistet werden, daß die gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen so gestaltet werden, daß sie den Bürger- und Völkerfrieden fördern. Aber gerade aufgrund der mangelnden analytischen Durchdringung der Ökonomie kommt die Politik immer wieder auf die Idee, gesetzlichen Regelungen zu schaffen, die Gewalt und Betrug fördern. Die Ökonomen müssen viel mehr fragen: Was bewirken die Theorieelemente in der Realität, wenn sie umgesetzt werden. Und die Antworten, die jeder einzelne Wirtschaftswissenschaftler findet, muß er auch mutig – auch gegen die Meinung der Kollegen – in der Öffentlichkeit vertreten. Und wenn die Professoren sich in der Demokratie so fühlen wie der Adel im Feudalismus, so sollten sie sich wenigstens daran erinnern, daß der Begriff *Professor* [von lateinisch *profiteri* »sich bekennen«] (Brockhaus) abgeleitet ist.

Vor mit liegt das Gespräch zwischen Chrismon (Ausgabe 03/2006), Christian Führer und Hans-Werner Sinn¹³ über:

¹³ Christmon stellt die Gesprächspartner wie folgt vor:

CHRISTIAN FÜHRER, 63, ist seit 1980 Pfarrer an der Nikolaikirche in Leipzig. Er war Mitinitiator

Löhne senken, Arbeit teilen? Was ist möglich, Was ist gerecht? Der Pfarrer streitet für eine Revolution, der Ökonom will den Kombilohn

Hier unterhalten sich kluge, tatkräftige und angesehene Männer mit den Moderatoren Nils Husmann und Axel Reimann in interessanter Weise mit für mich völlig unbefriedigenden Ergebnissen. Der Grund dafür dürfte auch hier sein, daß die Gesprächspartner nicht zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus unterscheiden können. Ich habe mir die Aussagen nochmals durchgelesen. Eigentlich müßte ich jeden Gesprächsabschnitt einzeln kommentieren, um den Gesamttext gebührend zu würdigen. Das Ergebnis hätte dann aber wohl einen Umfang einer kleinen Schrift. Ich habe auch gesehen, daß es im Internet zahlreiche Kommentare dazu gibt. H-W. Sinn wird sogar in Wikipedia mit seinem Anliegen gewürdigt. Ich will fünf Abschnitte kommentieren, natürlich im Hinblick darauf, daß ich für eine andere Ökonomie werbe:

a)

CHRISMON: Manche Menschen verdienen in Deutschland in wenigen Minuten so viel Geld wie andere in einem ganzen Monat. Ist das ungerecht, Herr Sinn?

HANS-WERNER SINN: Ja, ohne Zweifel. Aber wir leben in einer Marktwirtschaft, und da wird nicht nach Gerechtigkeit entlohnt, sondern nach Knappheit, nach Angebot und Nachfrage. Die Marktwirtschaft ist nicht gerecht, sondern effizient.

CHRISTIAN FÜHRER: Die Marktwirtschaft hat überhaupt kein Interesse an Gerechtigkeit. Sie hat ganz andere Ziele. Profitmaximierung zum Beispiel. Aber das darf nicht so weit gehen, dass eine völlig neue Klasse von Menschen entsteht, die so viel verdient, dass sie mit dem normalen Leben gar nichts mehr anfangen kann. Die nicht weiß, was ein halbes Pfund Butter kostet. Aber diese Leute sagen sich vielleicht: „Das Geld steht mir zu. Warum soll ich nicht nehmen, was ich verdienen kann?

Da wäre ich doch blöd!"

SINN: Was stört Sie daran, wenn es Menschen gibt, die mehr verdienen? Das ist in unserem System nun mal so.

der Leipziger Montagsdemonstrationen und Friedensgebete, die maßgeblich zur friedlichen Revolution in der DDR beitrugen. 1996 kämpfte er mit Brauereiarbeitern erfolgreich gegen eine Betriebschließung, später gehörte er zu den Organisatoren des Protestes gegen die Arbeitsmarktreform Hartz IV.

HANS-WERNER SINN, 58, ist Präsident des Ifo Instituts für Wirtschaftsforschung und Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft in München. Sinn war einer der Hauptkritiker des wirtschaftlichen Vereinigungsprozesses. Sein jüngstes Buch „Die Basar-Ökonomie“ befasst sich mit den Auswirkungen der Globalisierung auf Deutschland. Zuletzt trat er vor allem als Befürworter eines Niedriglohnssektors auf.

FÜHRER: Aber das muss doch anders gehen können. Nur wie, das ist mir schleierhaft. Wir werden aufgrund dieser Wirtschaftsform immer eine Gesellschaft haben, die ungerecht ist und über Leichen geht.

Sinn: Über Leichen gehen – das ist maßlos übertrieben. Aber Ungleichheit erzeugt diese Wirtschaftsform schon.

Das marktwirtschaftliche System hat auf Dauer keine Chance, wenn es das Bedürfnis der Menschen nach Gerechtigkeit nicht befriedigen kann. Ich antworte weiter mit Henry George:

Obgleich oft durch Gewohnheit, Aberglauben und Selbstsucht auf das ärgste verzerrt, bildet das Gerechtigkeitsgefühl doch die Grundlage des menschlichen Geistes, und welcher Streit immer die Leidenschaften erregen mag — der Konflikt wird sich nicht so sehr um die Frage: »Ist es weise?« drehen, wie um die Frage: »Ist es recht?«

Die Neigung der Erörterung des Volkes, eine ethische Form anzunehmen, hat ihren Grund. Sie entspringt einem Gesetze des menschlichen Geistes; sie beruht auf einer vagen und instinktiven Anerkennung dessen, was vielleicht die tiefste Wahrheit ist, die wir zu erfassen vermögen. Weisheit ist nur, was gerecht ist; dauernd ist nur, was recht ist.¹⁴

Sind die Leichen übertrieben, über die unser Wirtschaftssystem geht? Nein! Wer zählt die Selbstmorde jener, die mit ihrer Überschuldung, mit dem Konkurs oder einfach dem Gefühl, daß sie nicht mehr gebraucht werden, nicht zurecht kommen? Aber diese Opfer könnte man ja noch als den Preis bezeichnen, den wir bringen müssen, damit die große Mehrheit im Wohlstand leben kann. Der Systemerhalt des Kapitalismus erzwingt aber immer wieder in unregelmäßigen Perioden die Zerstörung, dessen was vorher aufgebaut wurde – bei uns oder anderswo – so daß das Realkapital knapp bleibt und eine Rendite erzwingen kann.

Als Folge dieser Globalisierung des Kapitals zeigte sich, dass 20% der reichsten Leute 82,7% des Welteinkommens erhalten. 20% der ärmsten Menschen erhalten dagegen nur 1,4% des Welteinkommens. In den armen Entwicklungsländern verliert alle 3,6 Sekunden ein Mensch durch Hungersnot sein Leben, drei Viertel dieser Sterbenden sind Kinder unter 5 Jahren.

¹⁴ Entnommen aus: Fragen der Freiheit, Heft 245, Okt.-Dez. 1997, Generalthema: Fortschritt und Armut – Leben und Werk Henry Georges -. www.sffo.de

Aus: Eiichi Morino, KAGEN, Die Grundlagen des Preises, Die Aktualität von Miura Baiens Untersuchung aus der Sicht der ökologischen Wirtschaftswissenschaft

<http://home.debitel.net/user/RMittelstaedt/Money/KAGEN.htm>

b)

FÜHRER: Die Demokratie als bisher beste politische Ordnung verdient eine bessere Wirtschaftsordnung. Die Marktwirtschaft hat mit Demokratie nichts zu tun. Ist es notwendig, dass eine so hervorragende politische Ordnung ausgerechnet mit einer solchen Wirtschaftsform verbunden ist? Gibt es Alternativen?

Hier fehlt das Wissen, daß es neben den Mischformen grundsätzlich nur zwei reine Ordnungsformen der Wirtschaft gibt, nämlich die Zentralverwaltungswirtschaft – woran die sozialistischen Länder ihre Ökonomie ausgerichtet hatten und die Marktwirtschaft oder Verkehrswirtschaft, die ein Ziel der BRD war, von der sie aber mehr und mehr abgerückt ist. Selbst bei dem demokratischen Zentralismus läßt die Vollstreckung der demokratischen Willensbildung (die ja auch schon immer durch Abstimmungsniederlagen ihre Opfer fordert) keinen Raum für die Freiheitsrechte des Menschen. Die Marktwirtschaft läßt dagegen zu, daß die Menschen ihre Wünsche, Wollen und Tun unendlich in privaten Verträgen und Föderationen differenzieren.¹⁵ Es ist aber richtig, daß der Kapitalismus als Privilegiensystem mit seinen Kapitalkonzentrations- und Verarmungstendenzen einerseits und den Konjunkturunterbrechungen und Zerstörungen andererseits der Idee von der Demokratie entgegen steht.

c)

SINN: Was meinen Sie damit? Was soll jetzt noch kommen?
FÜHRER: Eine neue Wirtschaftsordnung. Das Ziel ist eine friedliche Revolution, analog zu der politischen friedlichen Revolution in der DDR. In der Regel ist es so, dass die Menschheit erst am Rande des Abgrunds entscheidet und dann umdreht. Deshalb sage ich lieber jetzt schon zu den Arbeitslosen: „Leute, wir melden uns zu Wort! Wir sind eine Kraft in dieser Gesellschaft, lasst euch was einfallen!“

¹⁵ Siehe dazu: Karl Hahn Föderalismus – Die demokratische Alternative / Eine Untersuchung zu P.-J. Proudhons sozial-republikanisch-föderativem Freiheitsbegriff.

Führer spricht hier ja nur aus, was viele Menschen intuitiv für notwendig halten. Ökonomen, die diese berechtigten Wünsche nicht erkennen und sich nicht als Geburtshelfer zur Verfügung stellen, sind rückwärtsgewand und keine Wissenschaftler, sondern nur Vermittler von Herrschaftswissen. Nur was nützt es, wenn die Arbeitslosen – die sich unauffällig in der Gesellschaft bewegen – sich zu Wort melden, aber erlösende Botschaft nicht kennen? Die Kirchen und die Gewerkschaften sind viel zu sehr im Unrecht des System verstrickt, als daß sie den Arbeitslosen nützliche Ratgeber sein könnten.

d)

SINN: Heute steht der deutsche Arbeitnehmer nicht nur im Wettbewerb mit Maschinen, sondern auch mit den Arbeitern der exkommunistischen Länder, die bereit sind, für einen Appel und ein Ei zu arbeiten. Man kann dem Wettbewerb nicht ausweichen. Man muss die Lohnstrukturen akzeptieren, die sich daraus ergeben. Nach unseren Schätzungen müsste der Lohn für einfache Arbeit etwa ein Drittel niedriger sein, um drei Millionen Jobs für Geringqualifizierte zu schaffen. Wir brauchen Lohnstrukturen, die jedem einen Job geben, und sei es für einen Hungerlohn. Dann muss der Staat etwas dazuzahlen.

CHRISMON: Aber wollen wir das Lohnniveau in Deutschland so drücken, dass wir China unterbieten können?

SINN: Nein, auf das chinesische Niveau müssen wir nicht, denn wir sind viel produktiver, weil wir ein besseres Rechtssystem und eine bessere Infrastruktur haben. Man kann so viel teurer sein, wie man besser ist, aber eben nicht noch teurer. Eine Senkung um ein Drittel im unteren Lohnbereich reicht. Der Staat muss den Niedriglohn dann um einen Lohnzuschuss ergänzen, damit der Lebensstandard gesichert bleibt.

Ich könnte nun kalauern und sagen, „Herr Sinn redete Unsinn!“. Das wäre aber genauso unangemessen, wie ihn als Hardliner zu beschimpfen, wie ich es gelesen habe. Auch ein Mensch, der zu einem gewissen Ruhm gelangt ist, muß ernst genommen werden.

Wenn heute deutsche Arbeitnehmer unter dem Konkurrenzdruck der Arbeitnehmer ehemaliger kommunistischer Staaten stehen, die für einen Hungerlohn arbeiten müssen, dann ist das ein Tatbestand, der auf die etablierte Ökonomie zurück fällt, denn deren Politikberatung war in der Zeit der Wende und danach einfach miserabel.

Offene Grenzen lassen sich auf Dauer nur verteidigen, wenn die ökonomische Welt mehr ins Gleichgewicht kommt. Aber das Gleichgewicht wird auch nur dann akzeptiert werden, wenn es allen ein Leben in Wohlstand ermöglicht. Der Weg dorthin ist aber nicht leicht, weil auch noch die stärker in den Vordergrund rückenden ökologischen Belange berücksichtigt werden müssen.

Die Lohnkosten für einfache Arbeiten um ein Drittel zu reduzieren, hört sich einfach an. Aber auch der Haushalt der Arbeitnehmer mit geringerer Qualifizierung (oder einer Qualifizierung, die am Markt nicht nachgefragt wird) hat seine Fixkosten und kann nur beschränkt seine variablen Kosten herunterfahren. „Wir brauchen Lohnstrukturen, die jedem einen Job geben, und sei es für einen Hungerlohn.“ Für ein Hungerlohn? Nein, für einen Lohn, bei dem der Niedriglohnverdiener sich nicht wie ein Ausgestoßener vorkommt! Nun wird argumentiert, wenn der Niedriglohn nicht ausreicht, dann muß der Staat etwas dazu zahlen. Zum einen ist dieser öffentliche Lohnzuschuß ein öffentliches Armutszeugnis, daß besagt, der Empfänger sei nicht in der Lage auf dem Markt eine Leistung anzubieten, die ihn ernährt. Zum anderen müssen diese Zuschüsse ja irgendwo herkommen, der „liebe Gott“ zahlt sie nicht. Entweder müssen die Gelder für den Zuschuß den höher verdienenden Arbeitnehmern abgenommen werden, den Unternehmern von ihrem Arbeitslohn oder es muß das Kapitaleinkommen belastet werden.

Es ist unter den gegebenen Umständen kein Rätsel, wer die Last zu tragen hätte. Aber wesentlicher ist: Wer behauptet, daß keine Lohnstruktur möglich ist, die auch noch dem Niedrigverdiener einer seiner Gesellschaft angemessenen Lohn ermöglicht, der behauptet, daß das ganze marktwirtschaftliche System eine Illusion ist. Warum wird nicht darüber diskutiert, wie die Kosten des Arbeitnehmers reduziert werden können, damit er mit einem geringeren Lohn ein besseres Auskommen hat. Rund die Hälfte von seinem Lohn werden ihm abgenommen für die Finanzierung einer zweifelhaften Staatstätigkeit und ein soziales Zwangskollektiv. Beide Bereiche sind hochprozentig mit Zinslasten belegt. Die Zinslast, die der Bürger allgemein über die Preise zu tragen hat, betragen rund ein Drittel seines Nettolohnes. Auch die Unternehmenseite muß eine zunehmende Zinslast tragen. Und diese Last ist wesentlich mehr gestiegen als die Lohnkosten. Zu dem Stichwort „Zinslast der Unternehmen“ gibt es eine Reihe von Links im Internet. Eine vergleichende Zahl habe ich aber auf die Schnelle nur in „Das Geld-Syndrom“ von Helmut Creutz in der Darstellung 49 (S.328) gefunden. Danach das Einkommen aus Unternehmertätigkeit von 1970 bis 1993 um das 2,7-fache gestiegen, aber die Summe der geleisteten Zinsen um das 7,2-fache. Wenn die Fakten auf den Tisch kommen, dann müssen

es auch alle erkennbaren sein. Eine halbe Wahrheit ist auch eine halbe Lüge.

e)

SINN: Und wissen Sie: Das ist der Vorteil der Marktwirtschaft.
Die funktioniert mit Sünde.

FÜHRER: Aber da ist zu viel Sünde und wenig Gerechtigkeit.
SINN: Die Marktwirtschaft ist ein System, das keine guten Menschen braucht. Marktwirtschaft funktioniert mit dem Menschen so, wie er ist: ein egoistisches profitsüchtiges Individuum, das seinen Konsum maximieren will.

Egoismus und Vorteilsstreben sind keine Sünde, sondern eine normale Grundausstattung des Menschen, als Voraussetzung, daß er als lebendiges kybernetisches System funktioniert. Dabei erkennt dieser Egoismus, daß er seinen Vorteil dadurch stärken kann, wenn er den Vorteil der anderen fördert. Die Sünde kommt erst dann ins Spiel, wenn der Mensch sich Instrumente, Institutionen und Strukturen schafft, die seinen Egoismus und seine Gier nicht an natürlich in der Person liegende Ermüdungsmechanismen koppeln. Ich habe für meine Einlassung nicht das Wort „profitsüchtig“ übernommen, weil es für meinen Geschmack schon das Sündhafte enthält. Ein Vorteilsstreben oder auch eine Gier, die an die eigene Arbeit gekoppelt ist, erschöpft sich mit der Arbeit. Wenn ich aber mein „Geld arbeiten lasse“, dann ist die Unmoral im Spiel, da das Geld nicht arbeiten kann, verschleiert der Spruch nur, daß wir uns in diesem Fall aus der Tasche, aus dem Arbeitsertrag der anderen Marktteilnehmer bedienen. Der Kapitalismus kann tendenziell keine Rücksicht auf die Moral nehmen. Die Marktwirtschaft ist für ihre volle Entfaltung aber auf gegenseitige Rücksichtnahme und auf ein klares und gestrafftes Normenkorsett angewiesen.

Am Sonntag erhielt ich von Rolf Dahmer aus Portugal per E-Mail folgende Meldung übermittelt:

FRANKFURTER OPERNBALL

Gala mit Gewaltausbruch

"Das Leben ist schön - es lebe das Leben" - unter diesem Motto wollten die Gäste des Frankfurter Opernballs ungestört feiern. "Her mit dem schönen Leben" lautete der Aufruf von Demonstranten, die das Fest für Proteste gegen Sozialabbau nutzten - am Ende gab es Ausschreitungen.

Frankfurt/Main - Die Demonstration gegen Sozialkürzungen anlässlich des traditionellen Frankfurter Opernballs ist heute Abend in einem Gewaltausbruch eskaliert. Wie ein

Polizeisprecher der Mainmetropole mitteilte, warfen zahlreiche Demonstranten nach Ende der Kundgebung mit Steinen, zerstörten Fensterscheiben und begingen weitere nicht näher bezeichnete Sachbeschädigungen. Es sollen auch Container angezündet worden sein. Der Frankfurter Polizeipräsident sagte der Nachrichtenagentur AP am Rande des Opernballs, es habe 100 bis 120 Festnahmen gegeben. Gegen 19.30 Uhr endeten die Gewalttätigkeiten, die Demonstranten zogen sich zurück.

SPIEGEL ONLINE, 24.02.2007

Dahmer kommentiert:

Noch haben wir es lange nicht mit schiessenden Milizen zu tun, aber wir waren davon schon viel weiter davon entfernt. Das "Beautiful People" wird auf jeden Fall zunehmend mehr Probleme haben ihre "Beute" aus dem Systemraubbau zu verzehren. Auch werden die unterbewussten Gewissensbisse exponentiell zunehmen. Das wird dann zwar zunächst den Konsum noch weiter anheizen -noch dickere Jeeps, noch mehr Kaviar, etc.- , aber am Ende stehen die offene Sinnkrise und der Niedergang. Dabei könnte man alles doch viel einfacher haben, indem man die Anderen beteiligt anstatt sie auszuschliessen. Eine kleine aber entscheidende Verhaltensänderung genügt und alle wären "beautiful"; jeder auf seine Weise und nach seinen Bedürfnissen und Möglichkeiten. Was dabei wichtig ist, ist das jeweilige Systemgleichgewicht und die damit verbundene individuelle Zufriedenheit. Was dem einen sein Opernball ist dem anderen sein Kinoabend. Einzig wichtig dabei ist, dass sich alles im Rahmen einer Positivspirale abspielt.

Das, was der Spiegel berichtend beschreibt, ist der Anfang einer Gewaltspirale. Es ist ein Warnschuß für uns:

„Wenn ihr nicht die Notwendigen Änderungen einleitet, dann folgt eine eskalierende Gewalt, die Euch, Eure Lieben und Eure Werke zermalmen wird. Das, was Ihr an rechter und linker Gewalt bisher in BRD und der Welt gehabt habet, wird sich als kaum erwähnenswert im Vergleich zur kommenden Gewalt zeigen. Ihr könnt dafür nicht den „lieben Gott“ verantwortlich machen, sondern Ihr als politische Mitte, besonders als Hochschullehrer, zeugt diese Gewalt durch Eure intellektuelle Unfähigkeit und Herzensträgheit.“

Wenn es aber richtig ist, daß der Mensch aus der Sicht einer Generation in seiner Grundausstattung an Eigenschaften nicht veränderbar ist, dann kann die von Dahmer ins Spiel gebrachte „entscheidende Verhaltensänderung“ sich nur auf jenem Ausschnitt von Möglichkeiten be-

ziehen, wo wir Handlungsfreiheit haben. Diese Handlungsfreiheit haben wir bei den Normen, die wir uns gegen und den Institutionen, die wir uns schaffen. Ich habe mich hier bemüht, Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie als Professoren, Dozenten und wissenschaftliche Mitarbeiter tätig sind, von der Wandlungsfähigkeit und Wandlungsnotwendigkeit der Institution Währung und am Rande auch von jener des Bodenrechts zu überzeugen. Was Sie aus meiner Ermahnung (früher sagte man wohl *Weckruf*) machen, liegt nicht in meiner Hand. Ich schließe mit zwei Zitaten, die mir vorhin bei der Suche nach statistischen Zahlen ins Blickfeld gerieten.¹⁶

„Wir sollten uns nicht so gebärden, als ob das Erkennen von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen nur den Gralshütern vorbehalten bliebe, die auf der einen Seite wissenschaftlich, auf der anderen Seite demagogisch ihre verhärteten Standpunkte vortragen. Nein, jeder Bürger muß um die wirtschaftlichen Zusammenhänge wissen und zu einem Urteil befähigt sein, denn es handelt sich hier um Fragen unserer politischen Ordnung, deren Stabilität zu sichern uns aufgegeben ist.“

Ludwig Erhard, 1962

„Immer dann, wenn es in der ökonomischen Realität anders zugeht, als es die Modelle der Wirtschaftslehrbücher vorschreiben, sollten die Ökonomen, statt in der Rumpelkammer überholter Theorien herumzustöbern, nach den monetären Ursachen der Krise fahnden.“

Wilhelm Hankel, 1998

Falls Sie sich die Mühe gemacht haben, mich und mein Anliegen zu verstehen, bedanke ich mich herzlich bei Ihnen.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

¹⁶ Ich kann die Zitate nicht einer Quelle zuordnen. Da sie mir aber aus anderen Zusammenhängen bekannt sind, werden sie wohl stimmen. Außerdem sind die Aussagen aus meiner Sicht auch ohne Nennung der Verfasser richtig.